

Zertrümmerter Staat: Die Angriffe von 1999 leiteten die letzte Phase der Zerstörung Jugoslawiens ein. Sie waren zugleich der Türöffner für weitere Menschenrechtskriege.

Seiten 3 und 10/11



# KRIEGSVERBRECHER

Heute vor 15 Jahren begann der völkerrechtswidrige NATO-Bombenkrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Angegriffen wurden vor allem zivile Ziele wie die Sendezentrale des serbischen Rundfunks RTS, die »Zastava«-Autofabrik in Kragujevac, eine Brücke in Varvarin und die chinesische Botschaft.

Die NATO sprach zynisch von Kollateralschäden.

Die Verantwortlichen wurden bis heute von keinem Gericht belangt. Zum Beispiel:



DP/ANASTORE DI NOLFI

### Gerhard Schröder

- Von 1998 bis 2005 Kanzler der Bundesrepublik Deutschland (SPD)
- Befahl den ersten Kampfeinsatz deutscher Soldaten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zur »Verteidigung« von »Freiheit, Demokratie und Menschenrechten.« Er ist geständig



IPA

### Joseph »Joschka« Fischer

- Von 1998 bis 2005 Außenminister der Bundesrepublik Deutschland (Grüne)
- Rechtfertigte den NATO-Bombenkrieg mit den Sätzen: »Ich habe nicht nur gelernt: Nie wieder Krieg. Ich habe auch gelernt: Nie wieder Auschwitz.«



REUTERS/WOLFGANG RATHNY

### Rudolf Scharping

- Von 1998 bis 2002 Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland (SPD)
- Legitimierte den Krieg mit der angeblichen Existenz eines serbischen Plans zur Vertreibung der Albaner aus dem Kosovo, dem sogenannten Hufeisenplan, einer Propagandalüge



AP/WIDE WORLD PHOTOS

### William »Bill« Clinton

- Von 1993 bis 2001 Präsident der Vereinigten Staaten (Demokratische Partei)
- Trug maßgebliche Verantwortung für den »Operation Allied Force« genannten Einsatz von US-Streitkräften gegen Jugoslawien – ohne jegliche Legitimation durch den UN-Sicherheitsrat



REUTERS/STEPHEN ROBE

### Madeleine Albright

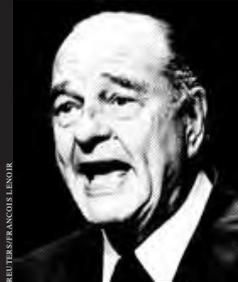
- Von 1997 bis 2001 Außenministerin der Vereinigten Staaten (Demokratische Partei)
- Äußerte 1993: »Wo zu haben wir eigentlich dieses großartige Militär, (...) wenn wir es nicht einsetzen können?« Geständig seit 2013: »Was wir dort taten, war nicht legal, aber richtig.«



AP/WIDE WORLD PHOTOS

### Anthony »Tony« Blair

- Von 1997 bis 2007 Premierminister des Vereinigten Königreichs (Labour-Partei)
- Spielte als Scharfmacher eine besondere Rolle und forderte wiederholt und nachdrücklich den Einsatz von Bodentruppen in Jugoslawien (was Clinton für den »Notfall« akzeptierte)



REUTERS/FRANCOIS LENOR

### Jacques Chirac

- Von 1995 bis 2007 Staatspräsident Frankreichs (RPR/UMP)
- Führte Frankreich in den Krieg gegen Jugoslawien, drohte »Terrorstaaten« mit französischen Atomwaffen. Die Strategie der NATO im Kosovo-Konflikt sieht er als gerechtfertigt an



REUTERS/JON NACZA

### José Maria Aznar

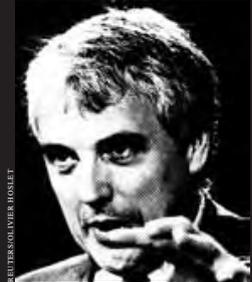
- Von 1996 bis 2004 Ministerpräsident Spaniens (Volkspartei PP)
- Soll die Anregung zur Bombardierung des staatlichen Rundfunks RTS gegeben haben. Er gehörte zusammen mit George W. Bush und Anthony Blair vier Jahre später zu den treibenden Kräften des Angriffskrieges gegen den Irak



REUTERS/STEPHEN ROBE

### Javier Solana

- Der Spanier war von 1995 bis 1999 Generalsekretär der NATO
- Gab den Befehl zur Bombardierung Jugoslawiens, angeblich um »die sich im Kosovo entwickelnde humanitäre Katastrophe zu stoppen«. Er erklärte damals, es gebe keine Alternative zum »militärischen Eingreifen«



REUTERS/SOLVIER HOSSET

### Jamie Shea

- Der Brite ist seit 1980 für die NATO tätig, 1999 als ihr Sprecher in Brüssel
- Legitimierte den Angriff und prägte als stets lächelndes TV-Gesicht des Krieges die Berichterstattung und das Wort »Kollateralschäden« für zivile Opfer

junge Welt wird herausgegeben von 1522 Genossinnen und Genossen (Stand 20.3.2014). Informationen: www.jungewelt.de/lpg

## Gefahrengebiet

Demonstration gegen staatliche Repression in Berlin wurde nach Polizeigewalt vorzeitig beendet

5

## Massenkundgebung

Proteste in Madrid gegen Kürzungspolitik. Veranstalter sprechen von zwei Millionen Teilnehmern

7

## Geschäftssinn

Wenig Angst vor Sanktionen: Trotz Debatte schließen Westkonzerne Milliarden deals mit Rußland ab

9



# Der Türöffnerkrieg

Vor 15 Jahren begann die NATO mit der Bombardierung Jugoslawiens. Welche Lehren sind aus dem völkerrechtswidrigen Angriff zu ziehen, und was hat das mit dem Ukraine-Konflikt heute zu tun?

Am 24. März jährt sich der Beginn des NATO-Angriffs auf die Bundesrepublik Jugoslawien zum 15. Mal. Der von der UNO nicht mandatierte Krieg versetzte die Bevölkerung Serbiens und Montenegros 78 Tage und Nächte lang in Todesangst. Tausende Menschen wurden getötet, Land und Infrastruktur nachhaltig geschädigt. Der Propagandafeldzug, der den Menschen weltweit weismachen sollte, daß es sich nicht um einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg handelte, sondern um eine »humanitäre Intervention« zur Rettung von Menschen im Kosovo, war gewaltig. Das gilt überdies für die ganze Phase der Zerstörung Jugoslawiens, in der der Bombenkrieg von 1999 den militärischen Höhepunkt bildet, und die 1991 mit der Anerkennung der Sezession Sloweniens und Kroatiens begann, den Krieg in Bosnien-Herzegowina brachte und allen voran von Deutschland und den USA betrieben wurde. Die NATO-Bombardements richteten sich zu über 80 Prozent gegen zivile Ziele. Wohnhäuser, Kliniken, Arbeitsplätze und Schulen wurden zerstört. So hat der Krieg dem im Herbst 2000 folgenden »Regime Change« den Weg bereitet. Der Widerstand der Regierung unter Slobodan Milošević gegen die Diktate von Weltbank, IWF und Pentagon wurde gebrochen, gehorsame Marionetten folgten. Mit der Abtrennung von Montenegro und später der Anerkennung des von Terrorbanden regierten Kosovo wurde das Territorium weiter zerstückelt. Mit der Gründung eines UN-Charta-widrigen Ad-hoc-Tribunals in Den Haag richteten die Aggressoren über die Angegriffenen. Welche Lehren lassen sich rückblickend ziehen?

## ◆ Wera Richter, stellvertretende Vorsitzende der DKP:

1999 überfiel Deutschland gemeinsam mit der NATO den souveränen Staat Jugoslawien. Dieser Bombenkrieg war ein »Bruch des Völkerrechts«, erklärt der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder, einer der Hauptverantwortlichen, nun lapidar. Angeblich sollte er ein »zweites Auschwitz« (Joseph Fischer, Grüne) verhindern. Dazu erforderte der damalige SPD-Kriegsminister Rudolph Scharping die Legende vom Hufeisenplan, das »Massaker von Racak«, geprüllte Föten und abgeschnittene Kinderköpfe. Nur wenige widerstanden der Propaganda. Für das »wiedervereinigte« Deutschland war es ein Befreiungsschlag. Endlich durfte es im Kampf um Einflussonen und den »ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt« wieder mitschießen. 1999 wurde die »Kultur der militärischen Zurückhaltung« durchbrochen, die Bundespräsident Joachim Gauck, Kriegsministerin Ursula von der Leyen und Außenminister Frank-Walter Steinmeier heute ein für alle Mal beenden wollen. Wie Schröder, Scharping und Fischer 1999 geben sie die Sprachrohre für die eigentlichen Kriegstreiber des Großkapitals, das wie früher seinen »Platz an der Sonne« erobert will.

Das neue Großdeutschland zerbrach die Einheit Jugoslawiens durch die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens 1991 sowie durch die Ausrüstung der Terrororganisation UCK im Kosovo. Bei ihr lernen heute die »Freiheitskämpfer« in Syrien. Jetzt erleben wir Ähnliches in der Ukraine. Nun soll Rußland



Flüchtlinge attackiert: Zerstörte Fahrzeuge und Gebäude nach einem NATO-Angriff auf das Dorf Korisa, Kosovo – dabei starben etwa 100 Zivilisten (14.5.1999)

durch NATO, EU und wieder allen voran Deutschland geschwächt und eingekreist werden. Dazu wird wieder der Nationalismus angestachelt, Ultranationalisten und Faschisten werden hochgepöbelt und ausgerüstet, die Bevölkerung wird betrogen. Ohne das hätte der blutige Putsch in Kiew nicht organisiert und durchgesetzt werden können. Wieder sind es hierzulande wenige, die dem Einheitsgeheul des deutschen Imperialismus widerstehen. Es gilt, eine antimilitaristische Bewegung zu formieren, die sich von den Lügen der Menschenrechtskrieger nicht beirren läßt und die die wahren Kriegsgründe aufzeigt.

## ◆ Alexander S. Neu, Mitglied des Bundestages und Obmann der Linksfraktion im Verteidigungsausschuß:

Die NATO konnte nur mit einem neuen Selbstverständnis und offensiven Auftrag das Ende der Bipolarität überleben. Die 1991 begonnenen Sezessionskriege in Jugoslawien kamen zur rechten Zeit an der richtigen Stelle: Ein Bürgerkrieg in Europa außerhalb des NATO-Territoriums. Zunächst hatte die NATO der UNO den Vortritt gelassen, sich in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates offen einzumischen und die gewaltsamen Sezessionsprozesse vor allem im Interesse Deutschlands zu befördern. Allerdings nur, um das Scheitern der UNO zu provozieren. Sogleich setzte sich die NATO dann wie selbstverständlich an die Stelle der UNO.

Der NATO-Krieg 1999 und die Schaffung der fast monoethnischen Kolonie »Kosovo« bilden den logischen Schlußpunkt der westlichen Unordnungs politik. Die Militärinterventionen gegen Jugoslawien stellen vielfache Präzedenzfälle und Zäsuren dar: Heute werden westliche Interventionen und Völkerrechtsbrüche weitgehend als selbstverständlich betrachtet. Abgesehen von der Linken beschwören die politischen Parteien und nahezu alle Medien ein globales Gestaltungsrecht und eine Interventionspflicht Deutschlands und des Westens. Das zeigen auch die jüngsten Ereignisse in der Ukraine. Die zentrale Lehre aus dem Jugoslawienkrieg ist, den Westen nicht als Vermittler bei zwi-

schchen- oder innerstaatlichen Konflikten zu akzeptieren. Er verfolgt keine neutrale und auf Ausgleich und am Völkerrecht orientierte Globalpolitik, sondern pure geostrategische und geökonomische Interessenpolitik – notfalls mit Gewalt. Auch den sogenannten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und politischen Stiftungen sind keine Gestaltungs- und Einflußmöglichkeiten in Konfliktländern zu ermöglichen. Die jeweils nationalen Organisationen sind darauf zu prüfen, ob sie vom Westen gesteuert werden.

## ◆ Vladimir Krsljanin, bis zum Umsturz am 5. Oktober 2000 jugoslawischer Botschafter und Sekretär für Internationale Beziehungen der Sozialistischen Partei Serbiens unter Slobodan Milošević, heute Präsident von »Pokret za Srbiju« (Bewegung für Serbien):

Die NATO-Aggression gegen unser Land war der erste und bis jetzt einzige Krieg, der von der gesamten NATO geführt wurde. Es war die gewalttätigste Phase im komplexen Krieg, den das euro-atlantische Empire gegen ein freies, erfolgreiches sozialistisches und föderales Land geführt hat. Dieser Krieg begann 1991 und reicht bis zur ersten »bunten Revolution« im Jahr 2000 in Serbien. Die Aggressoren bedienten sich aller Mittel und krimineller Handlungen: Unterwanderung, finanzielle und wirtschaftliche Strangulierung, Mißbrauch der UNO (Sanktionen), »Internationale Strafgerichtsbarkeit«, Propaganda, Terror, organisiertes Verbrechen, Bombenkrieg, Paramilitärs und NGOs. Das Ergebnis war die Aufspaltung Jugoslawiens in sechs kolonial abhängige, halbbesetzte und besetzte, überschuldete Länder mit ruinierten Wirtschaften und der Aussicht auf weitere Konflikte und Abspaltungen. Die Reihe der Kriege gegen Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Libyen, Syrien und die Ukraine zeigt: Rußland wird mit dem Ziel seiner Zerstörung immer enger eingekreist, da es ein Hindernis für die Weltherrschaft darstellt. Das euro-atlantische Empire verbindet sich dabei mit Faschisten, wahabistischen Terroristen und Drogenkartellen und muß deshalb als gefährlichste Bedrohung der

Menschheit in der Geschichte verurteilt, aufgelöst und ersetzt werden, so wie es mit dem Nazifaschismus geschah.

## ◆ Rolf Becker, Schauspieler, Gewerkschafter, reiste mit Gewerkschaftskollegen als Gruppe »Dialog von unten statt Bomben von oben« während des NATO-Angriffs nach Jugoslawien:

»Die Lüge wird zur Weltordnung gemacht«, schreibt Franz Kafka in »Der Prozeß«, dessen Niederschrift im Juli 1914 mit der Kriegserklärung Österreichs gegen Serbien und damit dem Beginn des Ersten Weltkriegs zusammenfällt. Die Aussage steht auch für den NATO-Überfall auf Jugoslawien vor 15 Jahren. Es war der dritte Angriff gegen das Balkanland mit deutscher Beteiligung innerhalb eines Jahrhunderts sowie der erste Angriffskrieg Deutschlands seit dem Zweiten Weltkrieg. Seitdem beteiligt sich Deutschland an zahlreichen Kriegen, den mehrfach modifizierten »Verteidigungspolitischen Richtlinien« entsprechend für den ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt.

Was aus der besorgniserregenden Entwicklung in der Ukraine wird, wissen wir nicht. Doch schon nach unserer Serbien-Reise während des NATO-Überfalls wurde klar, was mit dem Krieg, dem Ausbau US-amerikanischer Militärpräsenz im Kosovo zu weiträumig nutzbaren Basen, den NATO-Manövern im Baltikum und an der Südfanke Rußlands und der Einflusnahme auf die Entwicklung der früheren Sowjetrepubliken zwischen Schwarzem und Kaspischem Meer nach dem Fall der Mauer anvisiert wurde: die heute unüberschbare Umzingelung Rußlands und Chinas.

Gegen den Jugoslawienkrieg gab es 1999 nur vereinzelt Proteste. Erst im nachhinein begann das Hinterfragen des von Politik und Presse propagierten »humanitären Einsatzes für Menschenrechte«. Als Folge gingen gegen den Irak-Krieg im Februar 2003 eine halbe Million Menschen in Berlin auf die Straße. Doch seitdem nicht mehr, nicht gegen die »Verteidigung Deutschlands am Hindukusch«, die Kriege in Nahost, in Libyen und schon gar nicht gegen

die Ausplünderung Griechenlands und der übrigen Südstaaten Europas. Wir sollten die Warnung einer griechischen Kollegin bedenken: »Bald werden auch Menschen bei euch in Deutschland an die Reihe kommen, wenn die Rettungsprogramme explodieren und die Kredite nicht zurückbezahlt werden können. Dann wird es ein Loch im deutschen Haushalt geben, und ihr dürft mal raten, was geopfert werden soll, um es zu stopfen: eure Renten, eure Sozialleistungen, eure Erziehung, eure Gesundheitsversorgung. Die Bühne wird bereitet für eine tiefe Spaltung zwischen den Völkern, während die tatsächlich Verantwortlichen weiterhin ihr »business as usual« machen. Diejenigen unter euch, die verstehen, was tatsächlich vorgeht, könnten wenigstens versuchen, die andern zu warnen.«

## ◆ Klaus Hartmann, Bundesvorsitzender des Deutschen Freidenker-Verbandes, Vorstandsvorsitzender des Internationalen Komitees Slobodan Milošević:

Als am 24. März 1999 die NATO-Aggression gegen Jugoslawien begann, lag uns Bundeskanzler Schröder unverfroren ins Gesicht: »Wir führen keinen Krieg.« Wir nannten die Aggression sogleich beim Namen: »Völkerrechtswidriger Angriffskrieg.« Später verwies Schröder selbst stolz auf seine Leistung der »Enttabuisierung des Militärischen« in unserem Land. Heute bekennt er, gegen das Völkerrecht verstoßen zu haben: »Da haben wir unsere Flugzeuge (...) nach Serbien geschickt, und die haben zusammen mit der NATO einen souveränen Staat gebombt – ohne daß es einen Sicherheitsratsbeschuß gegeben hätte.«

Unsere Warnung, der NATO-Angriffskrieg würde ein Türöffnerkrieg für weitere Kriege des Imperialismus sein, haben damals viele belächelt, für absurd oder eine »Verschwörungstheorie« gehalten. Doch als Springers *Welt* im letzten Sommer einen Krieg gegen Syrien herbeisehnte, las man: »Kosovo-Krieg soll Blaupause für Syrien-Schlag sein.« Nach Jugoslawien standen Afghanistan, Irak, Sudan und Libyen auf der Zerstörungsgagende, der verdeckte Krieg gegen Syrien, die permanente Drohung gegen den Iran. Immer müssen die politischen Führer »ungehorsamer« Länder dämonisiert und delegitimiert werden, um die öffentliche Meinung sturmreif zu schießen. Immer geht es um die Durchsetzung globaler Machtansprüche, die Kontrolle von Rohstoffen und Transportwegen und die Schwächung und Einkreisung Rußlands und Chinas.

Die, die seit Jahrzehnten demonstrativ das Völkerrecht verletzen, geben sich heute plötzlich lautstark als seine Gralshüter – gegen Rußland. Wie doch eine faschistische Junta in der Ukraine das Herz der westlichen Wertegemeinschaft erwärmen kann! Kein Zufall, daß in diesen Tagen russische Medien die prophetischen Worte von Slobodan Milošević zitieren, der die slawischen Völker und Rußland zur Einheit aufrief, damit ihnen das Schicksal Jugoslawiens erspart bleibe, nur noch Picken auf der politischen Landkarte darzustellen, als neue Märkte für den teuren Schrott des Westens zu dienen und unter dem Modell der »amerikanischen Demokratie« zu leben.

◆ Zusammenstellung: Cathrin Schütz  
◆ Siehe Seiten 10/11

**D**a standen wir nun im Juli 1999, kurz nach dem Krieg, im Zentrum Belgrads, der Weißen Stadt, ein zerstörtes Regierungsgebäude vor uns, Trümmerfeld. Um die Ecke, nahe des Hotels »Slavija«, fragte der Cevapici-Verkäufer, nachdem er gemerkt hatte, woher wir kommen: »Warum habt ihr das Bomben zugelassen?« Es klang nicht wütend oder zornig, und ging doch tief unter die Haut. Wir schauten uns an, betreten, schweigend. Die Frage, gestellt an die Eltern und Großeltern, kannten wir von früher.

### Tabubruch des Kanzlers

Am 9. März 2014 äußerte Gerhard Schröder, siebenster Kanzler der Bundesrepublik Deutschland (1998–2005), auf einer Veranstaltung der Wochenzeitung *Die Zeit*: »Natürlich ist das, was auf der Krim geschieht, etwas, was auch Verstoß gegen das Völkerrecht ist. Aber wissen Sie, warum ich ein bißchen vorsichtiger bin mit 'nem erhabenem Zeigefinger? Ich muß nämlich sagen: Weil ich es selbst gemacht habe.«

Schröder war gefragt worden, warum er nicht als Vermittler in Sachen Ukraine auftreten wolle, und er – wohl schlecht vorbereitet oder taktierend oder auch einfach zu selbstsicher und geschichtsvergessen – gestand in seiner schnoddrigen Art den Völkerrechtsbruch ganz nebenbei, im Grunde genommen abgehakt: »Als es um die Frage ging, wie entwickelt sich das in der Bundesrepublik Jugoslawien, Kosovo-Krieg, da haben wir unsere Flugzeuge, unsere Tornados nach Serbien geschickt, und die haben zusammen mit der NATO einen souveränen Staat gebombt – ohne daß es einen Sicherheitsratsbeschluß gegeben hätte.« Völlig unerwartet, aber doch Klartext geredet – und nun?

Das letzte Kapitel im Buch mit dem Titel »Jugoslawien« wurde ab dem 24. März 1999 geschrieben. Am Abend dieses Tages, exakt um 20 Uhr MEZ, drangen Kampfflugzeuge der NATO in den Luftraum der Bundesrepublik Jugoslawien ein, unter ihnen auch vier »Tornados ECR« der Bundeswehr, Radaraufklärer. Den Deutschen fiel die militärlogistisch bedeutende Aufgabe zu, das Flugabwehrsystem der jugoslawischen Armee auszuschalten und so den Weg für die nachfolgenden Bomber freizumachen. Das geschah.



**Zum Totlachen: Wetten, daß Bundeskanzler Gerhard Schröder vier Wochen nach seinem Auftritt in der ZDF-Show (20.2.1999) Deutschland erstmals nach 1939 wieder in einen Angriffskrieg führen wird?**

# »Weil ich es selbst gemacht habe«

15 Jahre nach dem Überfall der NATO auf Jugoslawien gesteht der deutsche Kriegskanzler Gerhard Schröder Völkerrechtsbruch ein. Und jetzt? Die Verantwortlichen nach Den Haag!

Von Gerd Schumann

Am selben Tag zur Tagesschau-Zeit ließ Schröder, Kanzler einer SPD-Grünen-Bundesregierung, vom Bundespresseamt eine kurze Erklärung verbreiten. Daß er gerade einen an sich unfaßbaren Tabubruch begangen hatte, kam darin nicht vor. Statt dessen bedauerte der Kanzler lieber seine Regierung. Diese habe »sich ihre Entscheidung nicht leicht gemacht, schließlich stehen zum erstmaligen nach Ende des Zweiten Weltkrieges deutsche Soldaten im Kampfeinsatz.«

Dort, wo die Naziwehrmacht einst gewütet hatte, wo 1,7 Millionen Jugoslawen während der Okkupationsjahre von 1941 bis 1944 getötet wurden, wo Konzentrationslager errichtet und Hunderttausende deportiert wurden, mordeten nun wieder deutsche Krieger mit deutschen Waffen. Nein, zur Geschichte kein Wort. Statt dessen das Thema »Menschenrechte« und »Demokratie« beschworen, das ab sofort für Angriffskriege erhalten mußte: »Heute abend hat die NATO mit Luftschlägen gegen militärische Ziele in Jugoslawien begonnen. Damit will das Bündnis weitere schwere und systematische Verletzungen

der Menschenrechte unterbinden und eine humanitäre Katastrophe im Kosovo verhindern.«

»Das Morden im Kosovo zu beenden«, flog die NATO-Luft-Armada 78 Tage und vor allem Nächte hindurch etwa 35 000 Einsätze – allein die USA hatten zeitweise tausend Bomberjets im Einsatz –, feuerte 20 000 Tonnen Bomben, Raketen oder Marschflugkörper ab. Schröder: »Die internationale Staatengemeinschaft kann der (...) menschlichen Tragödie in diesem Teil Europas nicht tatenlos zusehen. Wir führen keinen Krieg, aber wir sind aufgerufen, eine friedliche Lösung im Kosovo auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen.«

Im Namen des Vaters, des Sohnes und der »internationalen Staatengemeinschaft« – in diesem Fall bestand sie aus den zehn beteiligten NATO-Staaten. Kein UN-Beschluß, nichts. Und natürlich führten die Interventen keinen Krieg, sondern setzten lediglich mit militärischer Gewalt eine »friedliche Lösung« durch. Wie danach in Afghanistan, Irak, Libyen, Côte d'Ivoire.

Gegen Saddam Hussein, gehenkt nach vorheriger Fotosession in Unterhosen, Muammar Al-

Ghaddafi und Sohn, gepfählt, gelyncht, skalpiert, verscharft die Leichname; Saadi Al-Ghaddafi, ein anderer Sohn, bei seiner Festnahme vor kurzem öffentlich Haare und Bart geschoren, ein Spektakel. Die Ivorer Laurent und Simone Gbagbo, geprügelt und nach Den Haag verschleppt von den Siegern um Alassane Ouattara, eine vormalige Spitzenkraft des Internationalen Währungsfonds, heute Gbagbo-Nachfolger als Präsident. Mord und Totschlag in den Ländern, in denen »die humanitäre Katastrophe verhindert« werden sollte, Fehden um Öl und Geld. Libyen im freien Zerfall, der Irak zerrissen von religiöser und ethnischer Zwietracht. »Mad Max«-Untergangsstimmung inklusive Propagierung des Faustrechts in größeren Teilen des arabischen und subsaharischen Afrika.

Schröder lieferte am 24. März 1999 die Blaupause für alle Kriege seitdem. Die NATO-Attacke »richtet sich nicht gegen das serbische Volk. Dies möchte ich gerade auch unseren jugoslawischen Mitbürgern sagen. Wir werden alles tun, um Verluste unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden.« Brücken wie am Markttag in Varvarin angegriffen, gerade errichtete Wohnhäuser gezielt vernichtet

oder aus Versehen, wie den Eisenbahnzug – war wohl Munition an Bord, Geheimtransport im Abteil. Alles »Kollateralschäden«.

Als solche gelten die vorgeblich unbeabsichtigten Treffer aus der Luft. Die von Krankenhäusern, Altersheimen, Geburtskliniken, Schulen, Wohnhäusern – alles bevorzugte Objekte des Zufalls. Von militärischen Zielen weit entfernte Kleinstädte oder Dörfer wurden oft gleich mehrmals von den Bombengeschwadern heimgesucht und Flüchtlingstrucks, als Feindobjekte identifiziert, ausgeschaltet. »Wo es für angebracht gehalten wurde«, schrieb Werner Pirker zum fünften Jahrestag des Krieges (*JW* vom 24.3.2004), »bewiesen die NATO-Bomber durchaus ihre Fähigkeit zu »chirurgischen Eingriffen«. Öffentliche Gebäude in Belgrad wurden auf den Meter genau getroffen, weshalb die unzähligen Zerstörungen ziviler Objekte nicht unbeabsichtigt gewesen sein können. Die Zivilbevölkerung wurde bewußt terrorisiert, um ihren Widerstandsgeist zu brechen. Doch blieb die Moral der Bevölkerung bis zuletzt intakt.«

### Woodstock in Belgrad

Sonderbar-Wunderbares geschah, nachdem die US-Amerikaner, die Deutschen und Italiener seligen Gedenkens an Lili-Marleen-Zeiten zuschlugen. Indem sich die Belgrader und Novi Sader und Niser und Kraljevoer »Target«-Buttons anhefteten, trotzten sie als selbsterklärte menschliche Ziele den Monstern der Luft. Die auf Betonsäulen an der deutschen Botschaft zu Belgrad gemalten Hakenkreuze in schwarz glänzendem Lack verströmten den penetranten Brandgeruch deutscher Geschichte. Am Tor stand »Marko und Slavko are not dead« und auf serbokroatisch »Wir pusten und pusten und pusten die Tornados weg«. Durchhalteoptimismus in Kindersprache, nachempfunden den Comicfiguren von heute, Marko und Slavko, zwei von den Nazis während der Besatzung hinggerichtete Partisanenkuriere, zwölf Jahre jung.

Intakte, von Vernunft gestützte Moral: Sie versammelten sich auf den Brücken der Donau, Save, Morava, organisierten Konzerte auf zentralen Plätzen wie dem »Terazije« im Herzen Belgrads. Peter Handke war dabei, als auf dem Platz der Republik eine ukrainische – ja! – Gruppe auftrat. In »Unter

Tränen fragend« schreibt er: »Der Eindruck vom Tanzen kommt eher aus dem, in jener Stunde jedenfalls, stillen gemeinsamen Zuhören, Hin- und Herschauen, Wege- und Platz-Suchen, Insichgekehrtheit, ein ganz anderes Woodstock, ohne dessen »make love not war« – von dem ein internationaler Paradejournalist eine Art Legitimierung des Bombenkrieges herleitete: denn die, die den Krieg jetzt führen, B.C., T.B., G.S., J.F. etc., seien doch allesamt keine »kalten Krieger«, sondern Kinder der »Flower Power«, und deswegen »glaubhaft.«

### Vom Hippie zum Terminator

Die deutsche Hippie-Troika funktionierte über weite Strecken prima. Ihre Sozialisation machte die Protagonisten des Krieges »glaubhaft«. Drei Männer aus einer Generation, die von »1968« was erlebt hatten und die antiautoritäre Flower-Power-Mode, Haare, Bärte, Turnschuhe, Gorleben, Straßenkampf, am Bonner Kanzleramtstor des Nachts betrunken rütteln und rufen: Laßt mich hier rein – oder so ähnlich. Wilde Revoluzzer aus bundesdeutschen Landen, ihrem Freund aus Über-

see gleichend, William Clinton, Bruder im Geiste, »Bill« genannt.

Der spielte Saxophon, mochte Fleetwood Mac (Don't stop thinkin about tomorrow), hatte früher mal einen Joint geraucht. Auch Anthony »Tony« Blair soll ein ganz fescher Wilder gewesen sein, Sänger und Gitarrist der Rockband »Ugly Rumours« (Häßliche Gerichte). Mit der Deformierung der Sozialdemokratie zum antisozialen New-Labour-Projekt setzte er Zeichen für Schröder und Hartz IV. Ein Versammlung der Karrieristen: B.C. (USA), T.B. (GB), G.S., J.F. und R.S. (BRD) als Anführer der in der »Operation Allied Force« (etwa: Unternehmen Bündnisstreitmacht).

Schröder – vom Hippie zum Terminator. Lange hatte sich der inzwischen als »Kanzler der Bosse« Enttarte angesichts der doch heiklen, schwer vermittelbaren Angelegenheit – immerhin ging es um Krieg –, vornehm zurückgehalten und seine Kumpane vorgeschickt. Der eine – ein Verteidigungsminister (1998–2002), der in kürzester Zeit zum Kriegs- und zugleich Propagandaminister mutieren würde –, zuständig fürs Grobe. Der andere – ein Außenminister (1998–2005), der seine einstige NATO-Gegnerschaft schon länger verheimlichte, sich beim Marathon lifestylegemäß dünn lief und nun einen Herrenring trug – zuständig für die gebildeten Mittelschichten.

Pirker beschrieb Joseph »Joschka« Fischer trefflich: »Ein deutscher Außenminister, dessen politische Karriere im Zeichen der nihilistischen Verneinung des bürgerlichen Rechtsstaates – »legal, illegal, scheißegal« – begann, war wie kein anderer dazu berufen, linke Befindlichkeiten dem imperialistischen Völkerrechtsnihilismus nutzbar zu machen. Die Parteinahme für die vom Genozid bedrohten Kosovaren erschien als logische Fortsetzung eines »linken Internationalismus«, wie er sich in der Solidaritätsbewegung mit dem vietnamesischen Volk und anderen Trikont-Völkern manifestiert hatte. Mit dem kleinen Unterschied, daß diesmal die routinierte Ingangsetzung des Rades der Empörung nicht die Verurteilung einer imperialistischen Intervention zum Gegenstand hatte, sondern das Eintreten für eine solche. Die Welt dürfe dem Treiben faschistischer serbischer Banden nicht länger tatenlos zusehen, äußerte sich der »Protest« in gewohnt alarmistischem Pathos« (jW vom 24.3.2004).

Dagegen war Rudolf Scharping für seine eher schlechte Art zu denken bekannt. Auf ihrem Parteitag hatten die Sozialdemokraten »Ziege«, wie er wegen seines ausrasierten Kinnbarts auch genannt wurde, observiert. Er war lästig und belastend geworden, der Pfälzer, und manchen Genossen hatten dessen plumpe Stammeleien, vorgetragen mit Pathos, rollendem »r« und so, als hätte er sie auswendig gelernt, peinlich berührt. Zum Kanzler reichte das nicht ganz, zum Minister schon, und als solcher zitierte er gerne anonym. So, vermutete er, könne in der Bevölkerung nicht vorhandene Kriegsstimmung entfacht werden. Er zitierte aus vorgeblichen Augenzeugenberichten, wonach »man Frauen ihre Kinder aus den Armen reißt und ihre Köpfe abschneidet, um mit ihnen Fußball zu spielen«.

Sein Meisterwerk: Er enthüllte ein Dokument, das sich bald als Fälschung herausstellte: Den »Hufeisenplan« über die vermeintlich »vom Serben« geplante Vertreibung der Albaner aus dem Kosovo. Stichwortgeber für die Eskalation, wie später in Sachen Irak US-Außenminister Colin Powell (2001–2005) die gefakten Fotos von Saddams mobilen Chemiewaffenanlagen, präsentiert Anfang 2003 unter dem abgedeckten Guernica-Gemälde von Pablo Picasso bei der UNO in New York. Die gab es ebenso wenig wie Milosevic' »Hufeisen«.

Aber einer mußte schließlich in übelster SPD-Tradition den Bluthund geben. Viel später ließ sich Scharping zum Planschen mit einer Gräfin in seinem Bundeswehrdienstflugzeug nach Mallorca fliegen und im Pool für die Bunte fotografieren. Das freut den harten deutschen Soldaten im Einsatz nicht. Turteltauben als Chef. Scharping wurde dann auch von seinem Vorgesetzten geschäft, nachdem er in ein Bestechungsfettnäpfchen getreten war. Seine Pflicht hatte er längst getan.

Sie führten Krieg, der Tausenden Menschen das Leben kostete, in dem mindestens 10 000 Verletzte zu beklagen waren, der ökologische Schäden mit heute noch unabsehbarer Tragweite verursachte, der ein ganzes Land ins Elend bombte. Und auch: dem weitere Angriffskriege folgten, also die Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Unab-

Es herrscht Krieg in Europa – warum?

Verbrannte Erde

Irgendwie hatte man es bis zuletzt nicht für möglich gehalten, daß das konkurrenzlose Militärbündnis seine Allmacht an einem kleinen Land im Südosten Europas erprobt. Das Recht des Stärkeren erscheint nicht nur als grausames Gesetz der Natur, sondern auch noch als Gebot einer höheren menschlichen Moral. Der feige Überfall auf Jugoslawien wird als Akt äußerster Notwehr dargestellt, die militärische Ausschaltung seiner ohnedies schon auf ein Minimum heruntergehandelten Souveränität als kollektive Verteidigung zivilisatorischer Normen. Das ist die Logik, derzufolge nicht die Weltmilitärmacht Krieg gegen das kleine Jugoslawien führt, sondern umgekehrt: Milosevic, so heißt es, habe der ganzen Welt den Krieg erklärt. Gegen diese verheerende Verbindung von nackter Gewalt und moralischem Konformismus steht elementares Rechtsbewußtsein auf nahezu verlorenem Posten.

Der Menschenrechtsimperialismus hat die ihm entsprechenden Repräsentanten gefunden: Einen als Sozialreformer souverän gescheiterten US-Präsidenten und einen Labour-Chef als dessen britisches Pendant. Einen NATO-Generalsekretär aus der SP Spaniens, der seine pazifistischen Jugendträume militärisch realisieren will. Und schließlich noch die Schröders und Fischers, die kein deutscher Sonderweg von der Linie der internationalen Sozialdemokratie zur Verteidigung des abendländischen Vaterlandes abbringen kann.

Von allen Nationalitätenkonflikten, von denen es fast mehr als Nationen gibt, hat sich das NATO-Befriedigungskomitee genau den einen ausgewählt. Ausgerechnet in Jugoslawien, dem Land mit der höchsten Sensibilität für nationale Fragen – der Belgrader Plan für ein selbstverwertetes, multinationales Kosovo ist ein Beispiel dafür – soll ein Minderheitenproblem erstmals durch eine westliche Intervention auf der Basis höchstentwickelter Militärtechnologie entschieden werden. Das kann nur eine barbarische Lösung sein. Eine Lösung, die erstens den albanischen Terrorismus in seinem Wahn zu Separation der Völker begünstigt und die zweitens die albanische Frage gar nicht zum Inhalt hat, sondern allein die Neuordnung der Region nach imperialistischem Gutdünken.

Es geht um den Nachweis, millibilligen Staaten unter Ausnutzung innerer Widersprüche ihrer Souveränitätsrechte zu ertöben. Die Desintegration Jugoslawiens erfolgte nicht, weil hier der entscheidende Widerstand gegen die neue Weltordnung erwärtet wurde. Es ist die Probe aufs Exempel. Das eigentliche Ziel besteht in der völligen Unterwerfung Rußlands. Die verbrannte Erde, die die IWF-Reformen in Rußland hinterließen, hat ein riesiges Widerstandspotential erzeugt. Dem »Vaterländischen Krieg« der Russen soll präventiv begegnet werden.

Werner Pirker

Dieser Kommentar unseres langjährigen Kollegen und Freundes Werner Pirker (1947–2014) erschien am 26. März 1999, zwei Tage nach Beginn des NATO-Bombenkrieges gegen Jugoslawien

hängigkeit anderer Staaten. In der auf Serbien mit der Vojvodina und dem Kosovo sowie Montenegro geschrumpften Bundesrepublik Jugoslawien (1992–2003) demonstrierte das Imperium seine Entschlossenheit, den Anspruch auf Welt Herrschaft auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen.

Putin gleich Schröder?

1999 hatte eine lange Vorgeschichte, die die Zerstörung des Vielvölkerstaats Jugoslawien zum Inhalt hat: eine Aufteilung des widerborstigen Großen in viele kleine Vasallen des Westens – das Verschwinden eines ehemals antikapitalistisch orientierten südslawischen Vielvölkerstaats von der Karte. Die Menschen in Cosmopolitkygrad, wie die Stadt ihrer vielen Ethnien wegen genannt wurde, flüchteten sich vor den Eisenbeton brechenden Superbomben in die Bunkeranlagen, soweit vorhanden.

»Ich habe es selbst gemacht«, sagt Schröder nun und unterstellt Wladimir Putin, dieser habe wie er das Völkerrecht gebrochen. Hat der russische Präsident Krieg geführt in der Ukraine oder auf der Krim? Hat er Bomber und Truppen aus Sewastopol ins Land geschickt? Der Eindruck von der Lage, den Politik und Mainstreammedien erwecken, lautet: Russische Soldaten sind einmarschiert. Der Eindruck, der im März 1999 und zuvor, aber auch danach medial und von der Politik suggeriert wurde, lautete: Slobodan Milosevic widersetzt sich einer friedlichen Lösung des Kosovo-Konflikts, wie in Rambouillet vom Westen diktiert.

Tatsächlich verweigerte der jugoslawische Staatspräsident die Besetzung seines Landes durch die NATO. Ihm blieb keine Wahl. Andersfalls hätte sich Jugoslawien »selbst zur Kolonie erklärt« (Jutta Ditfurth). Derweil hielten im Kosovo die Kämpfe mit der vom Westen installierten und ausgebildeten Mafia-Armee UCK an, die eine uneingeschränkte »Alles-oder-nichts«-Position bezogen hatte in der Gewißheit, den Westen hinter sich zu haben.

Bar jeglicher realistischen Bewertung betätigte sich Fischer als herausragender Scharfmacher und Verfechter der ahistorischen Totalitarismustheorie:

»Es war ein wirklicher Schock, daß Milosevic bereit war zu handeln wie Stalin und Hitler: einen Krieg gegen die Existenz eines ganzen Volkes zu führen.« Und: »Die Bomben sind nötig, um die »serbische SS« zu stoppen.«

Aus heutiger Sicht, wenn auch natürlich nicht durch die Brille der selbsternannten »Menschenrechtsverteidiger«, mutet das Negieren jeglicher Erkenntnisse aus der Geschichte seltsam naiv und hausbacken an. Trotzdem verfiel die Fischersche Dämonologie besorgniserregend gut. Feindbilder sind schnell gemalt: ob Serben oder Russen. Die grüne Kriegspartei paralyse mit ihrem, den Holocaust verharmlosenden Kampfbegriff von der »Auschwitz-Rampe« in Srebrenica (1995) und Rakac (Januar 1999) die Friedensbewegung weitgehend und hielt so die Heimatfront ruhig. Die Kritik am Auschwitz-Kosovo-Vergleich fand medial nicht statt. KZ-Überlebende mußten 38 000 D-Mark für eine Anzeige in der Frankfurter Rundschau zahlen, um überhaupt zu Wort zu kommen (Jutta Ditfurth).

Milosevic landete auf dem Spiegel-Titel, Saddam Hussein, Muammar Al-Ghaddafi, Baschar Al-Assad folgten. Schließlich jüngst auch Putin, überlebungs groß, Merkel und Obama und Cameron, die hilflosen Helden des freien Westens, ganz klein. »Der Brandstifter. Wer stoppt Putin?«

Und wieder dieses Dämonische, diese Verbindung der Politik in den Bereich des Willkürlichen, des Unberechenbaren, der unzurechnungsfähigen, psychisch gestörten Führergestalten. Ronald Reagans Reich des Bösen forsch reloaded, die USA als wunderbarer, gottgegebener Leuchtturm der Freiheit wiederentdeckt, die durch milliardenfache NSA-Datenschnüffelei angeknackste transatlantische Schicksalsgemeinschaft wiederauferstanden. Die FAZ kommentiert, daß Rußland »den Fehdehandschuh hingeworfen« habe und »in einem nationalistischen Rausch die Großmachtglocken läutet« (20.3.2014). Geschichte passiert, weil es durchgedrehte Diktatoren oder fanatisierte Massen gibt.

Nicht das Irrationale treibt Putin und die russische Außenpolitik an, sondern die neuen Möglich-

keiten zu einem ernst zu nehmendem, weil durchhaltbaren Veto, in Syrien überraschend erfolgreich eingesetzt, von wegen Obamas »rote Haltelinien«. Der gewachsene Einfluß auf das internationale Geschehen hängt mit einer zwar kapitalistisch orientierten, doch inzwischen stabilen Ökonomie zusammen; und auch mit dem Schwächeln und dem langsamen Niedergang der US-amerikanischen Supermacht; mit dem sich abzeichnenden Ende der Unipolarität.

Del Ponte, übernehmen Sie!

Wenn nun Schröder, trotzend vor einem Selbstbewußtsein, das Kriegsverbrechen nicht steht, seine Zurückhaltung in Sachen Ukraine mit dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen die auf Serbien inklusive Vojvodina und Kosovo sowie Montenegro zusammengeschrumpfte Bundesrepublik Jugoslawien (1992–2003) begründet, drängt sich eine Frage besonders auf: Wann endlich landen er und seine Leute aus den internationalen Kriegsführungsetagen vor dem Kadi?

Es würde sich mit Sicherheit gut machen, wenn sie dem Ad-hoc-Tribunal für Verbrechen im ehemaligen Jugoslawien (ICTY) in Den Haag zugeführt werden? Dem 1993, also vor dem NATO-Krieg, gegründeten Gerichtshof haftet zu Recht der Ruf an, die an der Zerschlagung Jugoslawiens Beteiligten aus den Ermittlungen auszuschließen. Selbst der Chefemittlerin Carla del Ponte war einst klargeworden, daß ihren Recherchen »politische Grenzen« gesetzt sind. Einige Vorfälle, wie die zweimaligen Bombardierung eines Personenzugs, waren ihr suspekt vorgekommen, doch die Mitgliedsstaaten der nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft blockten das Thema ab, immer wieder und immer entschiedener. Mehr als seltsam erschien ihr schließlich auch – die Memoiren, in denen sie davon berichtet, erschienen erst nach ihrer Amtszeit –, daß zwar jede Menge Serben (42), jedoch wenige Kroaten (15), jedoch wenige muslimische Bosnier (5) und nur ein Albaner verurteilt wurden. Die Nachforschungen zur Ausweitung serbischer Gefangenen zwecks Organhandel blieben unverfolgt.

Noch ist Zeit auch für die. Daß einige UCK-Führer in der kosovarischen Regierung sitzen, ist bekannt. G.S., R.S., J.F., und auch B.C. und T.B. genießen keine Immunität mehr – und selbst wenn: Die hat Slobodan Milosevic, dem Widerständigen, schon nicht geholfen. Warum nicht mal einige der ehemaligen Amtskollegen des in Den Haag umgekommenen jugoslawischen Präsidenten auf die Anklagebank? Die juristischen Zeichen stehen günstig: Der Gerichtshof wird wohl noch zwei Jahre weitermachen. Die Verfahren unter anderem gegen die bosnischen Serben Radovan Karadzic und Ratko Mladic und einige andere laufen noch.

Das miese Image der internationalen Gerichtsbarkeit wäre auf einen Schlag Geschichte. Der Vorwurf der »politischen Selektivität« (Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck), der vor allem aus südslawischen Gegenden, von den ehemaligen Nichtpaktbunden, aus dem ganzen Süden der Erdhalbkugel, wäre umgehend vom Tisch. Carla del Ponte, übernehmen Sie noch mal!

\*\*\*

»Hvala!« (Danke) sagte ein Zimmermädchen im Hotel Moskau, wo er während des Krieges einige Tage wohnte, zu Peter Handke. Der fragt: »Warum? Für das Wort, das ich für Sie und Ihr Land, ihr Land und sie, eingelegt hätte.« Sie und nicht nur sie, wir, auch hier, hatten die eine oder andere Wahrheit, die Handke am 24. März 1999 geäußert, geschrieben hatte, verinnerlicht: »Mars greift an«, »Die ganze Welt ist Jugoslawien«.

◆ Gerd Schumann ist Journalist aus Berlin. Zuletzt schrieb er am 14.6.2013 auf diesen Seiten über Fatou Bensouda aus Gambia, die Chefanklägerin am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag.

Lesen Sie morgen auf den jW-Themaseiten

Zum gegenwärtigen Verhältnis zwischen Rußland und den USA Von Knut Mellenthin

